



BÜRGERBRIEF

AUSGABE Februar 2023

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Leserinnen und Leser, liebe Mitbürger,

der Name ist Programm und soll uns Verpflichtung sein: Mit unserem BÜRGERBRIEF wollen wir Sie fortan über die Arbeit der FRAKTION FREIE WÄHLER in der Stadtverordnetenversammlung unserer Stadt informieren.

Wir wollen Ihnen zeigen, mit welchen Themen wir uns beschäftigen, wie und warum bestimmte Entscheidungen getroffen werden.

Wir wollen Sie aber auch herzlich einladen, mit uns ins Gespräch zu kommen und das Für und Wider interessierender Entscheidungsprozesse zu diskutieren und gemeinsam unsere Sichtweisen auszutauschen.

Dabei wollen wir gut zuhören und genau hinsehen. Denn auch in der Kommunalpolitik kommt es auf den Blickwinkel an, um Abläufe und Inhalte zu verstehen.

Denn nur gemeinsam gestalten wir das Leben in unserer Stadt.

Für Ihre Hinweise und Anregungen sind wir dankbar. Nehmen Sie uns bitte beim Wort.

Freundliche Grüße
Dirk Stieger



Themen dieser Ausgabe

Dirk Stieger

[Ausbau erneuerbarer Energien sollte Vorrang vor Denkmalschutz haben](#)

Marco Bergholz

[Änderung der Raum- und Wassertemperatur im Marienbad](#)

Norbert Langerwisch

[Wohnungsbau am Hessenweg](#)

Dirk Stieger

[Amtssprache soll verständlich sein und darf nicht ausgrenzen](#)

Norbert Langerwisch

[Kein Beitritt zur Initiative „Lebenswerte Innenstädte“](#)

Dirk Stieger

[Bildungscampus ist nicht nur Summe von Klassenräumen, sondern braucht zeitgemäße Architektursprache](#)

Niklas Stieger

[Anfrage zeigt: Standorte alle rechtmäßig – Neue Blitzerstation wahre „Gelddruckmaschine“](#)



Dirk Stieger: Ausbau erneuerbarer Energien sollte Vorrang vor Denkmalschutz haben

Mit einem eigenen Beschlussantrag zur Prüfung von Flächen, die künftig für die Errichtung von Photovoltaikanlagen genutzt werden könnten, hat die CDU-Fraktion einen guten Aufschlag geliefert. Wir als Fraktion der Freien Wähler haben dieses Anliegen unterstützt und mit einem eigenen Antrag diesen Prüfauftrag auf die Möglichkeiten der Nutzung von Dachflächen gerade auch in historischen Stadtkernen - hier Altstadt, Neustadt und Dom - für die Errichtung von Photovoltaikanlagen erweitert.

Dabei wissen wir, dass in der Vergangenheit gerade hier investitionswillige Hauseigentümer aus Gründen des Denkmalschutzes ausgebremst wurden.

Wer aber den Klimawandel ernst nimmt, muss auch hier einen vernünftigen Ausgleich schaffen.

Die Auswertung aktueller Luftbilder zeigte dabei deutlich, dass sich gegenwärtig in den historischen Stadtzentren keine oder kaum Photovoltaikanlagen finden. Allenfalls auf modernen Neubauten oder bei Flachdachanlagen finden sich vereinzelt Anlagen zur Gewinnung von Sonnenenergie. Anders sieht es dabei bereits auf den Dächern in Stadtteilen außerhalb der historischen Innenstadt aus.

Wer aber mit viel persönlichem und finanziellen Aufwand ein unter Denkmalschutz stehendes altes Haus in der Altstadt oder Neustadt saniert, der soll künftig nicht mehr beschränkt werden, wenn mit der aufwändigen Sanierung

auch sogleich die Nutzung von Sonnenenergie mit umgesetzt werden soll.

Dass unser Antrag in die richtige Richtung geht, zeigt auch die aktuelle Entwicklung. So hat die für Denkmalschutz im Land Brandenburg zuständige Ministerin aktuell geäußert, dass denkmalschutzrechtliche Verfahren für eine Übergangszeit angepasst werden sollen. Der Ausbau der erneuerbaren Energien solle grundsätzlich Vorrang vor Belangen des Denkmalschutzes haben. Diese Auffassung teilen wir ausdrücklich.

Übrigens können sich zwischenzeitlich auch die evangelische und katholische Kirche in der Region die Nutzung von Photovoltaik auf Kirchengdächern vorstellen.

Vieles ist bereits in Bewegung. Jetzt gilt es, schnell Hemmnisse abzubauen und auch in den Genehmigungsverfahren unnötigen Verwaltungsballast über Bord zu werfen.

Wie der CDU-Antrag fand auch unser Ergänzungsantrag eine Mehrheit.

Offenbar wollten die grünen Kolleginnen und Kollegen in der SVV das Thema nicht unseren Fraktionen überlassen.



BÜRGERBRIEF

AUSGABE Februar2023

Die Grünen benannten drei konkrete Immobilien der Stadt, zu denen der Einsatz von Photovoltaikanlagen- bestenfalls sofort - geprüft werden sollte. Der Antrag hatte sich im Grunde erledigt, nachdem der Kämmerer erklärte, dass er in wenigen Wochen ein Konzept vorlegen werde, in dem alle infrage kommenden Dächer für den Einsatz von

Photovoltaik betrachtet werden und dann entschieden werden müsste, ob die Stadt hier selbst investiert oder aber eine Konzession für die Nutzung der Dachflächen vergibt und damit Einnahmen generiert.



Auf Luftbildern ist gut zu erkennen, dass es in den historischen Stadtkernen bislang keine oder kaum Photovoltaikanlagen auf den Dächern gibt. Dabei ist hier viel Potential.



Marco Bergholz: Änderung der Raum- und Wassertemperatur im Marienbad

Der Ukrainekrieg und die in diesem Zusammenhang verhängten Sanktionen gegen Russland bewirkten eine drastische Reduzierung der Gasliefermengen seitens Russland. Das wiederum führte zu einer beispiellosen Verteuerung des Gaspreises. Der Energieträger Gas wird aktuell sowohl im privaten und geschäftlichen Sektor aber auch als notwendige Brückentechnologie verwendet.

Da die Möglichkeit bestand, dass dieser Energieträger in der aktuellen Heizperiode ggf. nicht ausreichend zur Verfügung stehen könnte, gab es das Bestreben, die Verwendung zu reduzieren.

Vor diesem Hintergrund sah sich auch die Stadt Brandenburg an der Havel in der Verantwortung den Energieverbrauch umgehend zu reduzieren. Angestrebt wurde dabei, dass im Europäischen Notfallplan definierte Ziel, den Gasverbrauch im Zeitraum vom 01. August 2022 bis 31. März 2023 freiwillig um 15 Prozent zu senken. Die daraus resultierende Beschlussvorlage 194/2022 sah u.a. eine Absenkung der Temperatur im gesamten Schwimmbad um 2 Grad vor. Mit der Beschlussvorlage 019/2023 soll nun diese Absenkung der Wassertemperatur von 2 Grad rückgängig zu machen.

In den letzten Monaten kam es zu einer Entspannung am Gasmarkt und die Gasmangellage konnte durch vielfältige Einsparungen verhindert werden. Die Reduzierung der Wassertemperatur im Schwimmbad um 2 Grad ergab eine Einsparung von ca. 30.000,00 €. Demgegenüber stand ein Umsatzrückgang im Vergleichszeitraum in Höhe von 110.000,00 €.

Eine Auswertung des Umsatzrückgangs ergab, dass sich die Besucherzahlen im angegebenen Zeitraum nahezu halbiert haben. So reduzierten sich z.B. die Besucherzahlen im Funbad von 11.789 Besucher im August 2022 auf nur noch 2.865 Besucher im Dezember 2022. Ähnlich sah es in der Schwimmhalle aus, wo sich die Besucherzahlen von 8.398 Besucher im August auf 1.956 Besucher im Dezember 2022 reduzierten.

Dabei ergab eine Umfrage auf Meetingpoint, dass 48,88 % der Befragten schlichtweg zu kalt im Schwimmbad ist.

Also ist die Rolle rückwärts die einzig richtige Entscheidung, um die Wirtschaftlichkeit des Schwimmbades nicht komplett aus dem Ruder laufen zu lassen.

Einzig die Frage, ob die Besucher zurückkehren werden, ist nicht geklärt.

Wir als Fraktion jedenfalls begrüßen diese Entscheidung ausdrücklich.



Norbert Langerwisch: Wohnungsbau am Hessenweg

Die Stadtverordnetenversammlung beschloss am 01.03.2023 das für das Grundstück Hessenweg 13 a ein Bebauungsplan aufgestellt werden soll. Dieses Grundstück gehört einem privaten Flächeneigentümer und wurde bis Ende 2021 als Kleingartenanlage genutzt. In Abstimmung zwischen dem Grundstückseigentümer und der Stadtverwaltung wurden verschiedene Bauvarianten entworfen und diskutiert. Im Ergebnis entstand ein städtebaulicher

Entwurf für eine mehrgeschossige Wohnbebauung. Die für die Wohnbebauung erforderlichen Stellplätze werden unter den Gebäuden in einer Tiefgarage untergebracht, dadurch werden keine Freiflächen als Parkplätze gebunden. Verbunden mit einem Neubau eines Einkaufszentrums am Hessenweg vor dem Stahlstadion ist das eine gelungene Form von Stadtentwicklung in diesem Bereich, der wir als Freie Wähler gern zugestimmt haben.



Auf der Dreiecksfläche sollen zwei Baukörper entstehen mit Tiefgaragen und Obstbäumen, die an die alte Kleingartenanlage erinnern



Dirk Stieger: Amtssprache soll verständlich sein und darf nicht ausgrenzen

Das Thema einer verständlichen Amtssprache hatte die Chance, eine große Übereinstimmung in der SVV zu finden. Muss doch generell der Anspruch bestehen, dass die Sprache der Verwaltung in Wort und Schrift klar, verständlich und regelbasiert ist. Damit aber schließen sich Sprachverrenkungen mit Gendersternchen, Binnendoppelpunkt, Binnenunterstrich, Schrägstriche und Binnen-I aus. Auch die Sprache der Verwaltung soll verstanden werden, nicht bevormunden und nicht ausgrenzen. Sprache dient der Verständigung und Verstehen führt zu Akzeptanz. Wir hatten erkannt, dass auch in Vorlagen der Verwaltung, in Schriftverkehr und Druckwerken das planlose „Gendern“ bereits Eingang gefunden hat.

Unser Anliegen war es also, entsprechend der Empfehlung des Rates für deutsche Rechtschreibung auf das Gendern zu verzichten. Denn Gendern führt zu unverständlichen Sprachgebilden. Wer zudem echte Bürgerbeteiligung will, muss zuerst für eine klare und verständliche Sprache sorgen. Unser Anliegen war damit klar umrissen. Schon im Vorfeld der Aussprache in der SVV hatten wir mit unserem Anliegen große Unterstützung und Zustimmung erfahren. So auch von anderen Fraktionen in der SVV.

Aber es kam, wie es wohl kommen musste: Wer uns offenbar gewollt missverstehen wollte, der nutzte seine Chance. Nachdem wir den Vorwurf, unser Antrag sei ein Angriff gegen die Gleichstellung problemlos abwehren konnten, wurde das vollständige Fehlen sachlicher Argumente der Antragsgegner so sehr augenscheinlich, dass dann schon der Griff in die Populismottenkiste folgte. Wir würden nur am „rechten Rand“ fischen wollen. Ernsthaft? Weil wir uns für eine klare und verständliche Amtssprache einsetzen? Was für ein Sinnbild politischer Hilflosigkeit. Niemand aus der Fraktion der Freien Wähler muss sich eine solche Stigmatisierung bieten lassen.

Auch hatten wir unser Anliegen nicht aus Wahlkampfgründen erfunden. Denn dass, was wir in unserem Antrag beschrieben hatten, lag jeder Stadtverordneten und jedem Stadtverordneten auf dem Tisch. Sogar die aktuellen Beschlussvorlagen waren „gegendert“. Das räumte sogar der Oberbürgermeister ein, der sogleich auch seinen Unmut dazu äußerte.

Im Ergebnis einer lebhaften und lebendigen Debatte - auch das ist übrigens Streitkultur - stimmte eine deutliche Mehrheit unserem Antrag zu.



Norbert Langerwisch: Kein Beitritt zur Initiative „Lebenswerte Innenstädte“

Grundsätzlich ist niemand von den Stadtverordneten gegen eine „lebenswerte Innenstadt“ Brandenburg an der Havel.

Der Antrag der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen scheint aber darauf abzuzielen die Mobilität – insbesondere mit privaten PKWs – weiter einzuschränken.

Richtigerweise ist Tempo 30 km/h in vielen Bereichen, gerade auch der Innenstadt, bereits eingeführt.

Auf den verbliebenen Straßen, wo noch 50 km/h möglich sind ist sowohl im Interesse des

Individualverkehrs als auch des Öffentlichen Personennahverkehrs eine weitere Tempobeschränkung sehr genau zu prüfen.

Durch den Stadtverordneten N. Langerwisch wurde außerdem nochmals darauf hingewiesen, dass nicht zuletzt durch das Agieren der Fraktion Bündnis 90/ Grüne eine schnelle Verbesserung der Verkehrssituation durch die Verzögerung des Baus der Brücke am Altstadt Bahnhof verhindert worden ist.

Die Mehrheit der Stadtverordnetenversammlung hat den Antrag der Fraktion Bündnis 90/ Grüne abgelehnt.



Dirk Stieger: Bildungscampus ist nicht nur Summe von Klassenräumen, sondern braucht zeitgemäße Architektursprache

Den Beschlussvorlagen zur Aufstellung des Bebauungsplanes „Bildungscampus Wiesenweg“ und zu den Ergebnissen des kooperativen Gutachterverfahrens konnten wir mit großer Freude zustimmen. Wer baut nicht gern Schulen.

Zuerst galt aber unser ausdrücklicher Dank der Fachverwaltung unter Bürgermeister Müller in der kompetenten Führung und Moderation des zeitlich engen Gutachterverfahrens, in dem sich letztlich mit einheitlichem Votum ein sehr überzeugender Entwurf durchsetzen konnte. Das könnte ein gutes Modell auch für andere Vorhaben sein.

Mit dem neuen Schulcampus wollen wir den Schülerinnen und Schülern beste Bildungschancen bieten.

Schule ist für uns aber nicht nur die Summe von Unterrichtsräumen, nicht nur Funktion und

Zweckmäßigkeit. Natürlich sind uns die finanziellen Zwänge unserer Zeit nicht fremd.

Aber dennoch: Schule braucht auch in ihrer Darstellung eine zeitgemäße Architektursprache. Davon haben wir in unserer Stadt gerade bei unseren Schulen Beispiele aus ihrer jeweiligen Zeit. Hier stehen Gebäude mit ihrer Formensprache auch für den Zeitgeist ihrer Entstehung. Schule in unserer Zeit muss daher auch in der Form, in der Gestalt, in der Architektur - offen, vielfältig, tolerant - sichtbar sein.

Es mag sein, dass ein bewusstes Gestalten auch mehr Geld kostet, als ein „Schuhkarton mit runden Fenstern“. Mit einem solchen Campus hinterlassen wir aber eine Visitenkarte zu der Zeit, in der wir heute aktiv leben und arbeiten, auch als Orientierung künftiger Generationen.

Wir sollten diesem Anspruch gerecht werden wollen.



Auf diesem Areal soll in absehbarer Zeit der Bildungscampus entstehen. Wir wollen hier ein Alleinstellungsmerkmal auch bei der Architektur.



Niklas Stieger: Anfrage zeigt: Standorte alle rechtmäßig – Neue Blitzerstation wahre „Gelddruckmaschine“

Viele von Ihnen werden die neue semistationäre Blitzerstation, welche die Stadt seit Ende letzten Jahres angemietet hat, bereits kennen. Da in der Vergangenheit vermehrt Beschwerden über den Standort des Blitzers aufgekommen sind, habe ich bei der Verwaltung zu diesem Thema nachgefragt. So soll der Blitzer unter anderem auf Bewohnerparkflächen und „2-Stunden-Parkplätzen“ abgestellt worden sein.

Die Verwaltung hat nun geantwortet, dass es aus Gründen der Überwachung des Verkehrs zum Teil notwendig gewesen sei, den Blitzer auch auf Parkflächen abzustellen, die sonst nur für bestimmte Verkehrsteilnehmer zur Verfügung stehen. So stand der Blitzer tatsächlich bereits auf Kurzzeitparkflächen und Bewohnerparkplätzen. Dies sei aber rechtlich zulässig, da die Stadt Brandenburg für das Aufstellen des Blitzers an diesen Standorten Ausnahmegenehmigungen erteilt habe.

Auch wenn es etwas komisch erscheint, dass ausgerechnet die Stadt für den städtischen Blitzer hier Ausnahmegenehmigungen erteilen kann, ist diese Verfahrensweise rechtlich in Ordnung und wir Autofahrer haben dies zunächst hinzunehmen. Insofern gilt, immer achtsam fahren!

Im Übrigen scheint die neue Blitzerstation eine „Gelddruckmaschine“ für die Stadt Brandenburg an der Havel zu sein. In einer Woche im Februar hat der Blitzer nämlich rund 43.000 Euro an Verwarn- und Bußgeldern erbracht, was schon eine immense Summe ist.

Die Verwaltung hat auch bereits die nächsten Standorte des Blitzers mitgeteilt. Dieser wird demnächst in der Klein Kreuzer Dorfstraße und in der Uferstraße in der Nähe der dortigen Grundschule aufgestellt.

